

Der allein mögliche Stil

In der letzten Woche wurde deutlich, daß in der Bundesrepublik auch heute, mehr als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, die dunklen Schatten der jüngsten Vergangenheit noch Einfluß auf personalpolitische Entscheidungen haben. Zwei Affären solcher Art beschäftigten die Bundeshauptstadt.

Der erste Fall begann damit, daß dem SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Menzel Ende vergangenen Jahres ein im „Arani-Verlag“, Berlin, erschienenenes Buch in die Hände fiel: Léon Poliakov — Josef Wulf „Das Dritte Reich und die Juden“. In diesem Buch entdeckte der Sozialdemokrat folgenden Brief:

Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete
Berlin W 35, den 18. Dezember 1941
Rauchstraße 17/18

Nr. 1/K/K 56/46 Geh. Reichssache

— Tgb. Nr. 394/41 Grs

Geheime Reichssache

An den Herrn Reichskommissar für das Ostland,
Riga / Leitort Tilsit

In der Judenfrage dürfte inzwischen durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben. Im übrigen wird gebeten, auftauchende Fragen unmittelbar mit dem höheren SS- und Polizeiführer zu regeln.

im Auftrag

Bräutigam.

Nach Lektüre dieses Schreibens wandte sich Walter Menzel sofort an Außenminister Heinrich von Brentano, der am 6. Januar bestätigte, daß es sich bei dem Unterzeichneten Bräutigam um seinen Ministerialdirigenten und Leiter der Ostunterabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes handele. Er habe eine Untersuchung angeordnet, „die jedoch noch nicht abgeschlossen ist und mit allem Nachdruck geführt wird“.

Als Walter Menzel fast drei Wochen später noch immer ohne weitere Auskunft war, ließ er den Vorgang durch die Pressestelle der SPD-Fraktion veröffentlichen. Da plötzlich verteidigte sich Bräutigam in einer Denkschrift. Der ganze Vorgang habe 1948 bereits dem Nürnberger Tribunal im Wilhelm-Straßen-Prozess vorgelegen und nicht einmal zu einer Anklage geführt.

Es sei geradezu lächerlich, anzunehmen, daß er irgendwelche Weisungen in Judensachen an die Reichskommissare hätte geben können, und das Wort „grundsätzlich“ in seinem Brief habe in der damaligen Sprache bedeutet: „Auf Weisung von höchster Stelle.“ Außenminister Heinrich von Brentano teilte wenig später der SPD mit, daß die Untersuchung des von Walter Menzel als „einfach unerträglich“ bezeichneten Zustandes mit Nachdruck fortgesetzt werde.

Vielleicht weniger tragisch, aber gewiß nicht weniger klar ist der zweite Fall, der im Gegensatz zur öffentlich erörterten Affäre Bräutigam in Bonn einstweilen noch unter dem Tisch gehandelt wird: die Vergangenheit des geschäftsführenden Bundespressekchefs, des Ministerialdirigenten Edmund Forschbach.

Als 1934 von Papens Berater Edgar J. Jung erschossen wurde, war der kugelige Bundespressekchef von Kloster zu Kloster aus dem Rheinland nach Holland geflohen, weil er fürchtete, die Nationalsozialisten könnten ihn wegen seiner Bekanntschaft mit dem Verfasser der aufsässigen Marburger Rede* von Papens verfolgen. Schon ein Jahr später kehrte Forschbach nach Deutschland zurück, „weil noch viele meiner Freunde in



Ost-Abteilungsleiter Bräutigam
Was geschah vor fünfzehn Jahren?

Deutschland auf das Ende der Hitler-Diktatur warteten“, und führte als Rechtsanwalt das Leben eines im vertrauten Kreise lockere politische Reden führenden rheinischen Widerständlers.

Wenn dennoch im Frühjahr des vergangenen Jahres kurz vor Forschbachs Ernennung zum vorläufigen Nachfolger des Bundespressekchefs Felix von Eckardt in anonymen Briefen ihn entlastendes Material an alle möglichen Bonner Korrespondenten gesandt wurde (SPIEGEL 18/1955), so betraf diese Reinigungsaktion das Wirken und Wesen Edmund Forschbachs im ersten Jahr des Dritten Reiches. Denn damals war er nicht nur in schmucker SA-Uniform in den ersten rein national-

Arnold angehörte, hielt im März vergangenen Jahres in Düsseldorf eine Konferenz ab, deren Protokoll es war, das zur Entlastung Forschbachs damals anonym und hektographiert an die Presse verschickt wurde. Darin hieß es über jene kritischen Monate:

„Forschbach war Verbandsführer vom Juli 1933 bis März 1934, hat sich in dieser Eigenschaft in mehrfachen Reden sehr betont zu christlichen Grundsätzen bekannt. Selbstverständlich waren diese Reden in einem Stil gehalten, der in der damaligen Zeit allein möglich war.“

Wie die „christlichen Grundsätze“ und der „allein mögliche Stil“ des Edmund Forschbach aussahen, zeigt der Aufruf, den der heutige Bundespressekchef am 2. November 1933 als „Führer des CV“ zur Neuwahl des Reichstages nach nationalsozialistischer Einheitsliste und zur Volksabstimmung über Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund an seine „Cartell-Brüder“ richtete.

„Am 11. November“, so beginnt der Aufruf, „sind fünfzehn Jahre vergangen, seitdem der Kreuzweg des deutschen Volkes im Walde von Compiègne begann.“ Schon spürt man das christliche Element. Es geht weiter im „allein möglichen“ Stil: „Ein halbes Menschenalter hat das deutsche Volk geduldet jede Demütigung und jeden Frevel ertragen ...“

„Nun, nachdem endlich der nationalsozialistischen Revolution die Einigung der Nation gelang, hat der Führer das deutsche Volk aufgerufen, einen Tag nach dem fünfzehnten Jahrestage der Waffenstreckung vor der ganzen Welt, die im Rüstungswahnsinn taumelt, einmütig zu bekennen, daß wir nichts anderes fordern als Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung.“

„Schon oft erlebte es die Welt, daß die regierenden Männer in Deutschland, wenn die gegnerischen Mächte uns die Annahme unwürdiger und unerfüllbarer Verträge zumuteten, dagegen aufs lauteste protestierten und erklärten, niemand werde in Deutschland bereit sein, solche Diktate zu unterzeichnen. Die Ernsthaftigkeit des deutschen Widerstandswillens wurde deswegen bei den anderen meist bezweifelt.“

„Am 12. November muß es sich zeigen, daß nicht nur der Führer und die Männer, die um ihn stehen, entschlossen sind,

Im Vertrauen darauf, daß niemand von Euch im Kampfe um die Ehre unseres Vaterlandes und den Frieden der Welt unseren Führer im Stich läßt, grüße ich Euch mit

Heil Hitler!

Edmund Forschbach

Führer des CV

Schlußsatz aus Forschbachs Aufruf vom 2. November 1933

sozialistischen Reichstag eingezogen, sondern hatte auch als Verbandsführer die Gleichschaltung des „Cartellverbandes der (farbentragenden) Katholisch-Deutschen Studenten-Verbindungen“ vollzogen.

Ein rheinischer Freundeskreis Forschbachs, dem auch Ministerpräsident Karl

* Hitlers Vizekanzler Franz von Papen hielt am 17. Juni 1934 in der Universität Marburg eine Rede, die scharfe kritische Wendungen gegen den Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Regierungspraxis enthielt. Das Manuskript dieser Rede, die von der konservativen Opposition in Deutschland und vom Ausland als ein erstes Zeichen der Konterrevolution gewertet wurde, stammte von dem Münchner Rechtsanwalt Dr. Edgar J. Jung, einem Theoretiker des jungkonservativen Nationalismus. Jung wurde am 30. Juni 1934 (beim Röhm-Putsch) umgebracht.

bis zum letzten für Deutschlands Ehre und den Frieden der Welt zu kämpfen, sondern daß das ganze deutsche Volk die Friedenspolitik der Regierung Adolf Hitlers unterstützt.

„Der Welt muß gezeigt werden, daß die nationale Freiheitsbewegung, die ihren ersten außenpolitischen Einsatz im Kampf gegen den Young-Plan durch Volksbegehren und Volksentscheid vor vier Jahren wagte, heute das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ergriffen hat. Aus den sechs Millionen, die am Goldenen Sonntag 1929 gegen den Young-Tributplan stimmten, müssen am 12. November 1933 60 Millionen geworden sein.“

„Die feierliche Beteuerung des Friedenswillens des deutschen Volkes und die Er-

klärung, künftig keine Entehrung und keine Demütigung mehr auf sich zu nehmen, die alle stimmberechtigten Deutschen durch den Volksentscheid am 12. November abgeben sollen, gewinnen erst ihre rechte Bedeutung, wenn das deutsche Volk sich durch die Reichstagswahl gleichzeitig zu den Männern bekennt, die unter der Führung Adolf Hitlers den Durchbruch der nationalen Freiheitsbewegung erkämpft und den Sieg der nationalsozialistischen Revolution erfochten haben.

„Es darf nirgendwo, wenn Deutschland seine Freiheit wiedererwerben will, ein Zweifel darüber bleiben, daß der Nationalsozialismus und Deutschland unlöslich und untrennbar ineinander verwachsen und verschmolzen sind. Volksentscheid und Reichstagswahl gehören zusammen. Sie sind beides Waffen, die gebraucht werden und notwendig sind in dem geistigen Ringen um die Befreiung Deutschlands von den Versklavungsdiktaten. Wer sie zu trennen versucht oder sogar die geheime Losung aus persönlicher Verärgerung ausgibt, nicht für die Reichstagsliste zu stimmen, der fällt unserem Führer freventlich in den Rücken.“

Allein, wer damals nicht für die Reichstagsliste stimmte, der frevelte nicht nur am NSDAP-Führer, sondern auch am CV-Führer Forsbach, der nämlich auf dieser nationalsozialistischen Einheitsliste stand.

Wer bricht den Burscheneid?

Schließlich steigerte sich der heutige Bundespressekopf zu einem Furioso, das als wahrhafter Befähigungsnachweis für seine derzeitige Tätigkeit als erster Regierungspropagandist der Bundesrepublik gelten kann:

„Alle Männer im CV haben sich in dieser entscheidungsvollen Zeit freudig zu den Fahnen Adolf Hitlers zu bekennen. Wer am 12. November beim Volksentscheid nicht mit ‚Ja‘ stimmt und nicht die Reichstagsliste der NSDAP wählt, bricht seinen Burscheneid, weil er in der Stunde größter Gefahr sein Vaterland und sein Volk verrät. Ich verpflichte euch alle feierlich, Cartell-Brüder, Mann für Mann dem Rufe des Führers zu folgen.“

„Aber nicht durch die Abstimmung allein erfüllt der CVer in diesen Tagen seine nationale Pflicht. Jeder, der eben noch dazu in der Lage ist, hat sich persönlich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß am 12. November ein gewaltiger Sieg errungen wird.“

„Deswegen treffe ich folgende Anordnung und verpflichte sämtliche Cartell-Brüder, die sie zu erfüllen haben, sie genauestens durchzuführen.“

„I. Sämtliche reichsdeutschen Korporationen des CV stellen sich mit Aktiven und Inaktiven während der Wahlarbeit der örtlichen Studentenschaft zur Verfügung.“

„II. Die Verbindungen haben ihre sämtlichen Mitglieder, insbesondere die Altherren, auf ihre Wahlpflicht hinzuweisen und sie auf meine nachfolgenden Anordnungen aufmerksam zu machen.“

Diese Anordnungen zeigen nun, daß der junge aufstrebende Edmund Forsbach den Geist der Zeit erfaßt hatte:

„1. Bis zum 6. November hat jedes Mitglied des CV festzustellen, ob er, seine Angehörigen und seine Hausbewohner in den Stimmlisten eingetragen sind.“

„2. An den am 10. November in allen Städten und Ortschaften Deutschlands stattfindenden Demonstrationen haben die Mitglieder des CV nach Möglichkeit geschlossen teilzunehmen. Die Rede des Führers, die an diesem Tage über alle deutschen Sender verbreitet wird, darf nicht in der Stube zu Hause, sondern muß auf der Straße oder auf den öffentlichen Plätzen mit angehört werden.“

„3. Bis spätestens mittags 12 Uhr müssen alle Mitglieder des CV am 12. November ihre Stimm- und Wahlpflicht erfüllt haben.“

„4. Die Mitglieder des CV sind gehalten, nach Möglichkeit die Kundgebungen der NSDAP und der berufsständischen Organisationen zu besuchen.“

„5. Am 12. November verpflichte ich sämtliche Mitglieder des CV, alles einzusetzen, damit ihre Angehörigen, ihre Hausbewohner und auch die Nachbarn zur Wahlurne gehen. Die wichtigste Werbearbeit ist in diesem Wahlkampfe durch persönliche Aufklärung zu leisten. In diesem Sinne müssen alle Mitglieder des CV in ihrem Bekanntenkreise tätig werden.“

„6. Bis zum 12. November gibt es keine wichtigere Aufgabe als die Wahlpropa-



Kommissarischer Pressechef Forsbach
Der Führer grüßt

ganda. Die Verbindungsführer und die Leiter der Altherren-Vereinigungen sind verpflichtet, bei allen Veranstaltungen, die bis zum 12. November im CV noch stattfinden sollten, auf die bevorstehende Wahl im oben gekennzeichneten Sinne hinzuweisen und die Cartell-Brüder zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht zu ermahnen.

„Im Vertrauen darauf, daß niemand von euch im Kampfe um die Ehre unseres Vaterlandes und den Frieden der Welt unseren Führer im Stich läßt, grüße ich euch mit

„Heil Hitler!“

Edmund Forsbach, Führer des CV.“

Bundeskanzler Konrad Adenauer, der in Moskau seine Gastgeber Bulganin, Chruschtschew und Molotow mit der Versicherung überraschte, er hätte Adolf Hitler am liebsten mit bloßen Händen erwürgt, wenn er ihm nur begegnet wäre, beabsichtigt, diesen Mann in der nächsten Woche zum Ministerialdirektor zu befördern und endgültig als Bundespressekopf zu bestallen.

BERLIN

KRESSMANN-ATTENTAT

Woher die Bombe kam

Es war am Freitagmorgen vorletzter Woche. In der Privatwohnung des SPD-Bezirksbürgermeisters von Berlin-Kreuzberg, Willy Kressmann, die im Villenvorort Grunewald liegt, hatte der Briefträger ein Päckchen abgegeben, das einen Absender trug, den Frau Kressmann — nur sie war zu Hause — nicht kannte.

Frau Kressmann rief ihren Mann an — wie für den Fall verabredet war, daß jemals ein verdächtiges Päckchen kommen sollte —, der Bürgermeister schickte seinen Chauffeur, und der Chauffeur brachte das Päckchen ungeöffnet zu dem Polizeiaspiranten im amerikanischen Sektor von Berlin*, Fritz Kleyer.

Nach der bisher gültigen Version soll die Geschichte dann so weitergegangen sein: Kleyer habe die Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ der amerikanischen Mission in Berlin verständigt und das Päckchen dann vorsichtig öffnen lassen. Dabei sei eine Bierflasche zum Vorschein gekommen, die mit Pulver, Benzin und Fetzen gefüllt und mit einem primitiven Zünder versehen gewesen sei. Polizeifeuerwerker hätten die Flasche dann auf einem Bombensprengplatz im Grunewald in die Luft gehen lassen.

Dieser Sachverhalt ging Ende vorletzter Woche durch die bundesrepublikanischen Zeitungen, und selbst Blätter, die den Anspruch erheben, seriös zu sein, brachten Riesenschlagzeilen, wie „Bombenterror der Roten in Westberlin“ („Hamburger Anzeiger“).

Wer jedoch glaubte, er werde nun bald Konkretes über diesen Bombenterror erfahren, sah sich enttäuscht.

Zunächst war es schon ungewöhnlich, daß die Amateurbombe schlicht in die Luft gesprengt, statt zur Spurensicherung oder als Beweismittel aufbewahrt wurde. Beamte des Erkennungsdienstes der Berliner Kriminalpolizei waren vor der Sprengung an das Paket nicht herangelassen worden, nur amerikanische Ermittlungsbeamte.

Stellen, die sich beruflich mit solchen Dingen beschäftigen, wissen, daß es ganz anders zugegangen ist, als es in der zuerst verbreiteten Lesart stand:

Das Päckchen wurde nicht von „den Roten“, sondern auf eigene Faust von einem jener zahllosen Geheimdienstagenten gepackt, die in Berlin auf beiden Seiten der Sektorengrenze im Auftrag der Besatzungsmächte ihren Geschäften nachgehen. Dieser Mann hatte — um sich ein Anrecht auf den Absprung nach Westen zu erwerben — amerikanischen Dienststellen mitgeteilt, er sei von Ostberlin mit einem Sprengstoffanschlag auf Kressmann beauftragt worden, gedanke aber, diesen Anschlag nicht auszuführen, sondern bitte um Asyl.

Der Agent mit dem Sprengstoffpaket für Kressmann hat sich schon am Mittwoch, dem 18. Januar, bei den Amerikanern in Westberlin gemeldet. Am Donnerstag, dem 19. Januar, wurde das Paket unschädlich gemacht. Dann wurde es an Kressmann abgeschickt, bei dem es am Freitag, dem 20. Januar, eintraf, so daß die Geschichte für die Wochenendausgabe der Tageszeitungen gerade zurechtkam. Die Amerikaner schickten das Päckchen an Kressmann, um den Agenten, an dessen Atten-

* In Westberlin haben die Besatzungsmächte die oberste Polizeigewalt. In jedem der drei Westsektoren hält ein deutscher „Polizeiaspirant“ die Verbindung zur Besatzungsmacht.